NIEDERSCHRIFT

der 51. öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 26.03.2018

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Ort: Ratssaal Am Kloster 1

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:45 Uhr

Bestätigte Tagesordnung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit	
TOP 2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
TOP 3	Fortschreibung Städtebauliches Entwicklungskonzept 2020 - Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept 2030 (INSEK 2030)	031/2018
TOP 4	Stellungnahme zum 2. Entwurf zur Änderung des Regionalen Entwicklungsplanes Halle	064/2018
TOP 5	Neubau Straßenbeleuchtungsanlage "Weg nach der Marienmühle"	008/2018
TOP 6	Beantwortung von Anfragen	
TOP 7	Mitteilungen und Anfragen	

Nichtöffentlicher Teil

TOP 1	Antrag Fraktion BfW-LG - Grundstücksangelegenheit	006(VI)2018
TOP 2	Mitteilungen und Anfragen	
TOP 3	Schließung der Sitzung	

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Herr Rauner, Ausschussvorsitzender, eröffnet die 51. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses. Es wird festgestellt, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind. Es sind 13 Stadträte und 3 sachkundige Einwohner anwesend. Es besteht Beschlussfähigkeit.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge wurden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung angenommen.

3. Fortschreibung Städtebauliches Entwicklungskonzept 2020 - Integriertes Städtebauli-

ches Entwicklungskonzept 2030 (INSEK 2030)

Einleitend erläutert Herr Bischoff die weitere Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (INSEK). 2001 wurde erstmalig ein solches Konzept durch die Stadt erarbeitet. Die Erarbeitung der ersten Fortschreibung für die Jahre 2010 – 2020 erfolgte dabei im Jahr 2008. Da mit einer Genehmigung des Haushaltes nicht vor Herbst 2018 gerechnet wird, kann erst im 3./4. Quartal die Leistungen ausgeschrieben und vergeben werden.

Die durch das Büro durchgeführte Analyse und dessen Ergebnis werden dem Ausschuss sowie Stadtrat nach Fertigstellung vorgelegt. Danach erfolgt eine Beteiligung der Bürger/Vereine und Unternehmen.

Nach Zusammentragen aller Hinweise, wird daraus die Fortschreibung des Konzepts erarbeitet.

Herr Rauner stellt die Anfrage, wofür die geplanten 100 T€ ausgegeben werden. Nach seiner Auffassung könnten Teile der genannten Aufgaben durch die Verwaltung selbst ausgeführt werden.

Für die Bestandserfassung und Feststellung des Entwicklungspotenzials sowie eine fachlich qualitativ hochwertige Beratung ist die Vergabe an ein Büro notwendig.

Deshalb hat sich die Verwaltung von diversen Büros Kostenschätzungen zuarbeiten lassen, welche sich im Ergebnis in dem genannten Kostenrahmen bewegen. Eine Ausschreibung bzw. Vergabe ist noch nicht erfolgt, nach Aussage von Herrn Bischoff.

Der Vorsitzende Herr Rauner legt fest, dass die geplante Ausschreibung vorab dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beratung/Diskussion vorgelegt wird.

Des Weiteren ist dem Ausschuss die Auswertung der Angebote sowie die letztendliche Vergabe vorzulegen.

Herr Günther bittet um Auskunft, warum im letzten Jahr der laufenden Wahlperiode die Erarbeitung des Konzepts beginnt. Somit besteht die Gefahr, dass der neu gewählte Stadtrat im Jahr 2019 eventuell auf die Fortschreibung des Konzepts kein Einfluss nehmen kann und das Abarbeiten muss, was der vergangene Stadtrat festgelegt hat. Das erscheint ihm nicht sinnvoll. Weiterhin stellt sich ihm die Frage, woraus für die Stadt der Zwang hervorgeht, ein solches Konzept zu erstellen bzw. fortzuschreiben.

Aufgrund einer geplanten Vorbereitungszeit von ca. 2 Jahren ist es notwendig, den Beschluss zur Fortschreibung im Jahr 2018 zu treffen. Die Erarbeitung der Fortschreibung für die Jahre 2010 – 2020 hatte damals auch ca. 2 Jahre vorher begonnen. Mit einem Entwurf im 1. Halbjahr 2019 plant die Verwaltung nicht.

Zur Anfrage bzgl. der Verpflichtung zur Fortschreibung führt Herr Bischoff aus, dass das Konzept als Grundlage zur Beantragung von Fördermitteln dient. Die Fördermittelgeber setzen ein städtebauliches Entwicklungskonzept voraus um Fördermittel an die Kommunen zu vergeben. Ohne Konzept wird die Stadt bei der Fördermittelvergabe nicht mehr berücksichtigt.

Die Stadträte Frau Schlegel und Herr Schmoranzler begrüßen die Fortschreibung mit Einbeziehung der Ortsteile. Allerdings weisen sie daraufhin, die Ortschaften bzw. Ortschaftsräte frühzeitig zu beteiligen und die Vorschläge/Hinweise zu berücksichtigen.

Herr Klitzschmüller stimmt der Meinung von Herrn Günther zu, dass Konzept dem neuen Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Weiter bittet er um Mitteilung, ob auch das Verkehrskonzept Bestandteil dieses Entwicklungskonzept ist.

Dazu informiert Herr Bischoff, dass ein neues Verkehrskonzept nicht geplant bzw. Bestandteil ist. Ein Grund hierfür ist, dass die prognostizierten Werte des Verkehrskonzepts bis heute nicht erreicht wurden.

Durch die Fraktion Bürger für Gerechtigkeit-Grüne wurde ein Ergänzungsantrag eingereicht. Herr Walther erläutert diesen und bittet vor allem bei der Erstellung des Konzepts um Aufnahme des Beuditzviertel, Neustadt südlicher Bereich, Klemmberg und Zeitzer Straße.

Die Mitglieder des Ausschusses stellen den Antrag zurück, da es in der heutigen Beschlussvorlage lediglich um die Beauftragung der Verwaltung sowie die Finanzierung zur Erstellung eines Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts geht.

Die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschuss ergänzen den Beschlussvorschlag wie folgt:

„Die Ausschreibung sowie die Vergabe an ein Büro sind dem Stadtentwicklungsausschuss zur

Beratung/Diskussion vorzulegen.

Ergebnisse der Analysen bzw. ein Entwurf des Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept sind dem Stadtrat der neuen Wahlperiode 2019, frühestens ab Dezember 2019, vorzulegen.“

Die Mitglieder stimmen der Ergänzung mehrheitlich zu.

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt über folgende Beschlussempfehlung ab:

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt der Fortschreibung des Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes 2020 zuzustimmen und das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept 2030 zu erstellen. Die Ausschreibung sowie die Vergabe an ein Büro sind dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beratung/Diskussion vorzulegen.

Ergebnisse der Analysen bzw. ein Entwurf des Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts sind dem neuen Stadtrat der Wahlperiode 2019 - 2024, frühestens ab Dezember 2019, vorzulegen

Abstimmung:

Sachkundige Einwohner:	dafür: 3	dagegen: 0	Enthaltung: 0
Stadträte:	dafür: 13	dagegen: 0	Enthaltung: 0

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt der Beschlussempfehlung zu.

4. Stellungnahme zum 2. Entwurf zur Änderung des Regionalen Entwicklungsplanes Halle

Zu Beginn merkt Herr Bischoff an, dass ihm an diesem Vormittag der Antrag zur Ergänzung der Stellungnahme durch die Fraktion Bürger für Gerechtigkeit-Grüne zugegangen ist.

Er weist daraufhin, dass sich die heutige Beschlussempfehlung auf die abgegebene Stellungnahme des Stadtrates aus der Sitzung 13.10.2016 bezieht.

Die Hinweise konnten in der Kürze der Zeit nicht vollumfänglich geprüft werden, allerdings sind einige abgegebene Anmerkungen, wie z.B. Südtangente, im Regionalen Entwicklungsplan weiterhin enthalten.

Die Verwaltung macht darauf aufmerksam, dass Hinweise auch Online durch Privatpersonen abgegeben werden können.

Der Vorsitzende Herr Rauner begrüßt zum Teil die vorgelegten Hinweise und schlägt Herrn Walther vor, diese durch die Verwaltung prüfen zu lassen. In der nächsten Ausschusssitzung wird die Verwaltung dazu Stellung beziehen und aufzeigen, wie damit weiter verfahren werden kann.

Herr Walther stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden zu und merkt an, dass vor allem die 4. Reinigungsstufe der Kläranlage gefordert ist.

Es wird nochmals deutlich hervorgehoben, dass in der heutigen Sitzung nur festgestellt werden soll, ob die Änderungen aus der Stellungnahme des Stadtrates vom 13.10.2016 eingearbeitet worden sind.

Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungsausschusses:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt, dem 2. Entwurf zur Planänderung des Regionalen Entwicklungsplans Halle zuzustimmen. Der Hinweis des SG Örtliche Straßenbehörde behält seine Gültigkeit.

Abstimmung:

Sachkundige Einwohner:	dafür: 3	dagegen: 0	Enthaltung: 0
Stadträte:	dafür: 12	dagegen: 0	Enthaltung: 1

5. Neubau Straßenbeleuchtungsanlage "Weg nach der Marienmühle"

Herr Rauner leitet kurz ein und bittet die Mitglieder, noch offene Fragen zu stellen.

Herr Reimann, sachkundiger Einwohner, bittet um Auskunft, ob der schlechte Zustand durch das Hochwasser in diesem Bereich verursacht worden ist.

Nach Aussage der Verwaltung, ist der schlechte Zustand nicht durch Hochwasser entstanden.

Ergänzend fragt Herr Lehmann-Raschdorf an, ob die Möglichkeit besteht, die geforderten Beiträge vor allem von dem Verein MC Weißenfels, stunden zu lassen. Hierauf antwortet Herr Schmidt, dass die Kommune nach dem Kommunalabgabengesetz zur Erhebung der Beiträge verpflichtet ist. Die Stadt hat dabei kein Ermessen, jedoch können die Beiträge auf Raten gezahlt werden.

Nach Ansicht von Herrn Klitzschmüller ist ein Rückbau der Straßenbeleuchtungsanlage ohne Wiederherstellung am sinnvollsten, da in diesem Gebiet keine Notwendigkeit auf eine neue Beleuchtungsanlage besteht.

Des Weiteren stellt er den Antrag die vorgesehenen Mittel für die Beleuchtung „Weg nach der Marienmühle“ für die Beleuchtung in der Käthe-Kollwitz-Straße zu verwenden.

Damit erfolgt die Beseitigung eines Missstandes und Erfüllung der Pflicht zur Abwendung von Gefahren.

Bevor dieser Antrag abgestimmt wird, führt Herr Rauner die Diskussion fort.

Herr Hyß macht darauf aufmerksam, dass der Stadtrat in der Sitzung vom 08.10.2015 die Beleuchtung in der Käthe-Kollwitz-Straße abgelehnt hat. Fortführend äußert er, dass der Weg nach der Marienmühle nicht unwichtig ist. Gewerbetreibende wie auch Anwohner haben das gleiche Recht auf eine gefahrenfreie Begehung des Fußweges, wie Anwohner in der Käthe-Kollwitz-Straße.

In der Diskussion zur Käthe-Kollwitz-Straße merkt Herr Klitzschmüller an, dass der Beschluss des Stadtrates damals ergänzt worden ist. Es wurde von der Verwaltung ein anderer Vorschlag für die Beleuchtung der Käthe-Kollwitz-Straße gefordert, bis dato wurde weder dem Stadtentwicklungsausschuss noch dem Stadtrat ein anderer Vorschlag vorgelegt.

In Beantwortung der Aussage von Herrn Klitzschmüller erläutert Herr Hyß, dass der Oberbürgermeister mehrmals erklärt hat keinen neuen Vorschlag vorlegen zu können, da die Verwaltung nicht weiß, was sie anderes vorschlagen soll.

In dem Zusammenhang legt Herr Rauner fest, dass auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Punkt „Diskussion zur Beleuchtung Käthe-Kollwitz-Straße“ aufgenommen werden wird.

Herr Reimann appelliert an die Stadträte, dieser Empfehlung nicht zu folgen. Er begründet es damit, dass in Weißenfels eine große Anzahl von Sportvereinen sich Sportstätten anmieten bzw. diese zum Teil kostenfrei zur Verfügung gestellt bekommen. Sportvereine, die sich selbst finanzieren und zum Teil Sanierungsarbeiten eigenständig durchführen werden im Vergleich dazu ungerecht behandelt. Er geht nochmals auf die Problematik des Innen- und Außenbereichs nach Baugesetz ein.

Nach Ausführungen von Herrn Bischoff können einzelne Betroffene nicht vom Beitragsrecht ausgeschlossen werden. Er gibt an Herrn Reimann den Hinweis, sich an die Verwaltung zu wenden um evtl. Fördermöglichkeiten abzuklären.

Es folgt die Abstimmung zum Antrag von Herrn Klitzschmüller:

Die Fraktion Die Linke beantragt, die vorgesehenen Mittel für die Beleuchtung „Weg nach der Marienmühle“ für die Beleuchtung in der Käthe-Kollwitz-Straße zu verwenden.

Damit erfolgt die Beseitigung eines Missstandes und Erfüllung der Pflicht zur Abwendung von Gefahren.

Abstimmung:

Sachkundige Einwohner:	dafür: 0	dagegen: 3	Enthaltung: 0
Stadträte	dafür: 1	dagegen: 11	Enthaltungen 1

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungsausschuss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels,

1. die Erneuerung der Straßenbeleuchtungsanlage in der Straße „Weg nach der Marienmühle“ in Weißenfels gemäß Richtlinie über die Beteiligung der Beitragspflichtigen vom 28.01.2008 Ziffer IV/3 nicht unter den Zustimmungsvorbehalt der Beitragspflichtigen zu stellen,
2. die Teileinrichtung Straßenbeleuchtung in der Straße Weg nach der Marienmühle nach endgültiger Herstellung abzurechnen,
3. dem Bauprogramm zur Erneuerung der Straßenbeleuchtungsanlage Weg nach der Marienmühle in Weißenfels
 - erdverlegte Kabelanlage
 - einseitige Beleuchtung
 - technische LED-Leuchten
 - Lichtpunkthöhe ca. 5 m

zuzustimmen.

Abstimmung:

Sachkundige Einwohner:	dafür: 0	dagegen: 3	Enthaltung: 0
Stadträte:	dafür: 2	dagegen: 4	Enthaltung: 7

Der Beschlussvorschlag ist durch den Stadtentwicklungsausschuss abgelehnt.

Herr Günther bittet Herrn Reimann, gemeinsam mit der Verwaltung eine Lösung für den Verein zu finden sowie die Problematik zu klären, ob das Grundstück im Innen- oder Außenbereich liegt.

6. Beantwortung von Anfragen

Folgende Antworten der Verwaltung liegen schriftlich vor:

- Entwicklung Kasernengelände

7. Mitteilungen und Anfragen

Keine Mitteilungen oder Anfragen.

Manfred Rauner
Vorsitzender

Sophie Münx
Protokollführerin